



## PRESSEMITTEILUNG VON GESUNDHEIT BERLIN-BRANDENBURG E. V.

Berlin, den 17. März 2016

### Gesundheit ist ein Menschenrecht!

#### Kongress Armut und Gesundheit 2016 am 17. und 18. März 2016 in Berlin

**Berlin. Armut stellt das mit Abstand größte Risiko für die Gesundheit dar. Bis zu zehn Lebensjahre verlieren von Armut Betroffene. Der Kongress Armut und Gesundheit, der jährlich mehr als 2.000 Teilnehmende anzieht, formuliert deshalb die Forderung, Gesundheit als ein Menschenrecht auch politisch zu verankern. Allen in Deutschland lebenden Menschen gilt es ein Leben zu ermöglichen, das neben dem Zugang zu medizinischer Versorgung auch soziale Teilhabe beinhaltet. Unter dem Motto „Gesundheit ist gesetzt!“ wird auf dem Kongress diskutiert, inwiefern das Präventionsgesetz zum Abbau sozial bedingter gesundheitlicher Ungleichheiten beitragen kann.**

PD Dr. Thomas Lampert vom Robert Koch-Institut stellte am Mittwoch im Rahmen der Pressekonferenz zum Kongress Armut und Gesundheit 2016 aktuelle Daten zum Zusammenhang zwischen Gesundheit und sozialer Lage vor. Demnach zeigen sich nach wie vor deutliche soziale Unterschiede in der Gesundheit und Lebenserwartung. Männer und Frauen, die einem Armutsrisiko ausgesetzt sind, haben eine um 11 bzw. 8 Jahre geringere Lebenserwartung im Vergleich zu den höheren Einkommensgruppen. Die sozialen Unterschiede zeigen sich bei fast allen chronischen Krankheiten und Beschwerden, darunter Herzinfarkt, Schlaganfall, Diabetes und Rückenschmerzen. Schlechtere Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie Teilhabechancen spielen dabei ebenso eine Rolle wie Unterschiede im Gesundheitsverhalten und bei gesundheitsbezogenen Kompetenzen und Ressourcen. *„Dass der soziale Status die Gesundheit beeinflusst, zeichnet sich bereits bei Kindern und Jugendlichen deutlich ab und lässt sich dann über den gesamten Lebenslauf bis ins hohe Alter beobachten“*. Für eine Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit im Zeitverlauf finden sich keine Anhaltspunkte: *„Vielmehr ist zumindest in einzelnen Bereichen von einer Ausweitung der sozialen Unterschiede auszugehen, so z.B. beim Rauchen und beim Sport.“*

Als Skandal bezeichneten **Prof. Gerhard Trabert und Nele Kleinehanding**, beide engagiert im Mainzer Verein Armut und Gesundheit, die Tatsache, dass in einem der reichsten Länder der Erde die Diskrepanz zwischen Arm und Reich so gravierend ist. *„Eine adäquate Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht.“* Sie fordern umfassende politische und strukturelle Anpassungen mit dem Ziel, die Gesundheitsversorgung von Menschen in prekären Lebensverhältnissen zu verbessern. *„Einen kleinen Beitrag leistet das auf dem vergangenen Kongress Armut und Gesundheit gegründete Bündnis ‚Gesundheit ist ein Menschenrecht.‘“* Die Homepage des Bündnisses wird exklusiv zum diesjährigen Kongress freigeschaltet. Ab sofort finden sich unter [www.gesundheit-ein-menschenrecht.de](http://www.gesundheit-ein-menschenrecht.de) bundesweite Anlaufstellen sowie Vernetzungsmöglichkeiten für engagierte Akteure.

**Prof. Rolf Rosenbrock**, Vorsitzender von Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V. und vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, Gesamtverband, bezeichnete das im Sommer vergangenen Jahres verabschiedete Präventionsgesetz zwar als wesentlichen Meilenstein zur Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention. Aber: *„Die Ressourcen reichen keineswegs aus, um das nach heutigem Wissen Wirksame in den Lebenswelten zu tun. Und von ‚Prävention als gesamtgesellschaftlicher Aufgabe‘ oder gar von ‚health in all policies‘ kann nach wie vor keine Rede sein.“*

Die gesetzliche Regelungsstruktur ist stark durch GKV und staatliche Akteure bestimmt. Deshalb, so Rosenbrock, „... wird für die Durchführung viel davon abhängen, dass in den derzeit verhandelten Landesrahmenvereinbarungen insbesondere ‚Träger‘ von Lebenswelten sowie die Landesvereinigungen für Gesundheit eine starke Stellung erhalten; denn sie haben die Zugänge, die Detailkenntnis über die Probleme und auch gewichtige Erfahrungen für die Durchführung von Interventionen einzubringen.“

**Anne Janz**, Dezernentin für Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit der Stadt Kassel und Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Deutschen Städtetages, betonte die Notwendigkeit der Umsetzung integrierter kommunaler Strategien. „Kommunen“, so Janz, „haben ein Interesse an systematischer Gesundheitsförderung und dem Aufbau von Präventionsketten. Denn die Probleme und Bedarfe ungleich verteilter Gesundheitschancen sind vor allem in den Kommunen spürbar. Außerdem wissen wir, dass Präventionsstrategien vor allem dann Wirksamkeit und Nachhaltigkeit entfalten, wenn sie möglichst früh ansetzen und im Lebensumfeld der Menschen verankert sind. Deshalb setzen die Kommunen hohe Erwartungen in das neue Präventionsgesetz und erwarten eine konsequente Einbeziehung und Unterstützung, besonders für Vernetzung und abgestimmte Programme zur Gesundheitsförderung. Es gibt gute Beispiele, die ausgebaut, verstetigt und übertragen werden müssen. Es ist unbefriedigend, dass die Kommunen bisher nur am Katzentisch sitzen und auf die Landesrahmenvereinbarung hoffen müssen.“

Wie die mit dem Präventionsgesetz angestoßenen Impulse zur Verbesserung gesundheitlicher Chancen in Deutschland beitragen können, wird im Rahmen des zweitägigen Kongresses schwerpunktmäßig thematisiert.

Der Kongress Armut und Gesundheit als größte bundesweite Public Health-Veranstaltung thematisiert seit 1995 den Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Gesundheit. Mehr als 2.000 Teilnehmende werden zum diesjährigen Kongress Armut und Gesundheit erwartet, der noch bis morgen in der Technischen Universität Berlin stattfindet und insgesamt 116 Veranstaltungen zu den unterschiedlichsten Themen anbietet. Ausgerichtet wird er von Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V. in Kooperation mit der Technischen Universität Berlin (Zentrum Technik und Gesellschaft, Institut für Berufliche Bildung und Arbeitslehre), das Gesundheitsökonomische Zentrum Berlin und der Deutschen Gesellschaft für Public Health (DGPH). Näheres unter [www.armut-und-gesundheit.de](http://www.armut-und-gesundheit.de).

**Kontakt für Rückfragen:**

Marion Amler  
Gesundheit Berlin-Brandenburg  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Friedrichstr. 231  
10969 Berlin  
Fon: 030 – 44 31 90 72  
E-Mail: [presse@gesundheitbb.de](mailto:presse@gesundheitbb.de)  
Web: [www.gesundheitbb.de](http://www.gesundheitbb.de)